

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, X. Jg., Heft 2, 1994
Austrian Journal of Development Studies

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Konstanz), Jacques Forster (Genève), John Friedmann (Los Angeles), Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago), Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras), Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidelberg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Thema: Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union
Schwerpunktredakteure: Franz Breitwieser und
Peter Christian Fellner

Editorial	99
ARTIKEL	
Franz Breitwieser:	
Entwicklungspolitisches Engagement der EU	
Ziele, Kompetenzakquirierung, vertragliche Ausgestaltung und Volumen der Hilfe	101
Peter Christian Fellner:	
Die Vertragswerke von Lomé — eine Kurzeinführung	139
Margaretha Kopeinig und Silvia Michal-Misak:	
Die regionale Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union	161
Gert Schmidt:	
Aid by Trade? — Die handelspolitische Entwicklungszusammenarbeit der EU	183
Dominique David:	
Performance and Partnership	
A discussion of Community development cooperation practice at the time of the mid-term review of the Convention of Lomé IV.	219
Johannes Wedenig:	
Horizont 2000: Die aktuelle Diskussion über das Verhältnis zwischen der Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft und jener der Mitgliedstaaten	229
Autorennotizen	247

Journal für Entwicklungspolitik X/2, 1994, S. 99 — 100

EDITORIAL

Die österreichische Bevölkerung hat sich am 12. Juni mit großer Mehrheit für einen Beitritt zur Europäischen Union ausgesprochen. Das enge zeitliche Zusammentreffen der Abstimmung mit der Herausgabe dieses Heftes war nicht vorgesehen. Hier führte der Faktor ‚Zufall‘ Regie. Die Redaktion des JEP hatte bereits seit einiger Zeit die Herausgabe eines Bandes mit Schwerpunkt auf der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union geplant. Dieser Aspekt war in der Beitrittsdiskussion nahezu ausgeblendet. Nur wenige österreichische Autoren beschäftigen sich mit dem Thema. Grund dafür könnte die Vielschichtigkeit und Komplexität der Materie sein, in die man von Österreich aus nur wenig Einblick hat.

Hauptzweck des vorliegenden Bandes war es denn auch, einen Überblick zu schaffen und die verschiedenen Aktivitäten der Europäischen Union auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit, aber auch — im weiteren Zusammenhang — in den Beziehungen zu Entwicklungsländern, darzustellen.

Der an den Anfang gestellte Artikel von Franz *Breitwieser* versucht die hinter dem allgemeinen Ziel der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union stehenden nationalen Ziele und Interessen knapp darzustellen, bevor die rechtlichen Grundlagen der besonderen Beziehungen der Gemeinschaft zu Staaten der ‚Dritten Welt‘ analysiert werden. An Hand der geschlossenen Abkommen wird die geschichtliche Entwicklung dieser Beziehungen kurz dargestellt. Eine Zusammenschau der bisher von Seiten der Gemeinschaft zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel vervollständigt das Bild.

Die Gemeinschaft ist zusammen mit ihren Mitgliedsstaaten der größte Geber von Entwicklungshilfe. Allerdings wird nur ein Siebentel dieser Hilfe über die Kommission selbst abgewickelt. Die Abkommen von Lomé standen in den letzten 20 Jahren im Mittelpunkt des Interesses. Noch vor Ablauf des I. Abkommens vertrat der damalige entwicklungspolitische Experte der SPD, Uwe Holz, im August 1978 die Ansicht: „Die Konvention von Lomé ist das wichtigste entwicklungspolitische Instrument in der Gestaltung der Beziehungen zwischen armen und reichen Ländern.“ Mittlerweile ist das Vertragswerk von 94 auf 369 Artikel angeschwollen. Der Beitrag von Christian *Fellner* versucht, einen kurzen Überblick über die komplexe und vielschichtige Konvention zu geben.

Besondere Bedeutung für die Gemeinschaft hatte schon wegen der geographischen Nähe stets der Mittelmeerraum. Nach der letzten Erweite-

rung wächst der ‚Druck auf die Südgrenze‘, weshalb die EU der Kooperation mit den Mittelmeerländern erste Priorität einräumt. Seit Mitte der achtziger Jahre verstärkt sich das Interesse der Gemeinschaft an Lateinamerika deutlich, wenn auch nicht in dem nach dem Beitritt der iberischen Staaten vielleicht zu erwartenden Ausmaß. Die Assoziierungsabkommen mit den Mittelmeerländern, die Beziehungen zu Lateinamerika und das steigende Interesse der Gemeinschaft an einer Kooperation mit dem wirtschaftlich bedeutsamer werdenden südostasiatischen Raum stehen im Mittelpunkt des Beitrages von Silvia *Michal* und Margareta *Kopeinig*.

Ende der sechziger Jahre kam von Seiten der gerade unabhängig gewordenen Entwicklungsländer die Forderung nach freiem Zugang zu den Märkten der entwickelten Länder, aber auch gleichzeitig danach, ihren eigenen fragilen Markt zu schützen. Bereits 1971 implementierte die Gemeinschaft das Allgemeine Präferenzsystem, das insbesondere jenen Ländern zugute kommt, denen nicht im Rahmen von Kooperations- bzw. Assoziierungsabkommen präferentieller Zugang zum Gemeinschaftsmarkt gewährt wird. Im Laufe zweier Jahrzehnte wurde das Allgemeine Präferenzsystem immer schwerfälliger, andererseits ging seine Bedeutung durch zahlreiche Abkommen und generellen Handelserleichterungen, die die GATT-Runden brachten, zurück. Gert *Schmidt* analysiert das Zollpräferenzsystem.

Dominique *David*, ein Mitarbeiter in der Generaldirektion VIII der Kommission analysiert aus der Sicht eines Praktikers, der in mehreren afrikanischen Delegationen der EU in Afrika arbeitete, die praktische Bedeutung von Lomé, zeigt aber auch die Problembereiche.

Anfang der neunziger Jahre diskutierte die Kommission zusammen mit den Mitgliedsstaaten das zukünftige Aussehen der gemeinschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit. Das Konzept, ‚Horizont 2000‘, steht im Mittelpunkt eines Artikels von Johannes *Wedenig*, der die Beziehungen des Europas der Zwölf nach dem Vertrag von Maastricht analysiert.

Die Beziehungen der Union zu den Ländern der Dritten Welt sind vielschichtig, nicht alle Aspekte konnten in diesem Heft Berücksichtigung finden. So harren u.a. noch der Bearbeitung, die Beurteilung der EZA-Politik der EU aus der Sicht von ‚Begünstigten‘ oder relevante Bereiche für Österreich als neues Mitglied. Im Gegensatz zu den finanziellen Auswirkungen eines Beitritts — ca. 1,7 bis 1,9 Mrd. ATS p.a. als Beitrag Österreichs — sind die notwendigen innerösterreichischen institutionellen und administrativen Anpassungen noch nicht geklärt. So macht die besondere Form der multilateralen Kooperation eine Vertretung des Mitgliedsstaates in Gremien erforderlich, die sich mit der Umsetzung der politischen Vorgaben befassen.